

MARCEL BIERI  
KASSIER PRO LIBERTATE  
E-Mail: bieri@prolibertate.ch



## Schäm di!

Also, jetzt wissen wir es: Wer das 70. Altersjahr erreicht hat, wird politisch entmündigt, so will es der Gemeinderat von Madiswil. Demnach haben Seniorinnen und Senioren in politischen Ämtern nichts mehr zu suchen. Eine solche Diskriminierung wird ausserdem von der kantonalen Amtsstelle als rechtmässig bezeichnet. Aber es wird noch besser: Dieses Amt liess noch verlauten, die Alterslimite liege im «öffentlichen Interesse». So. Nur, wie ist das eigentlich mit unseren vielen älteren Bewohnerinnen und Bewohnern, die in der Wirtschaft leitende Stellungen innehaben? Was passiert mit den Kosten unserer Sozialeinrichtungen, wenn alle über 70-Jährigen ihr ehrenamtliches Engagement in unendlich vielen Organisationen zum Wohle aller niederlegen?

«Schaff und erwirb, zahl Steuern und stirb» – ich hoffe nicht, dass dies das Motto unserer zukünftigen Alterspolitik sein wird.

## Neuigkeiten aus der Redaktion

Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Die aktuelle Ausgabe der PRO-LIBERTATE-Mitteilungen ist bei Ihnen angekommen. Sie werden einige Änderungen erkennen. So ergänzen wir die Farbgestaltung. Die rote Farbe dient nun ausschliesslich der Darstellung des Schweizer Wappens, das Blau als Zweitfarbe der Inhaltsgestaltung.

Die Rubrik «Das PL-Polit-Ohr hat gelauscht» stiess auf gutes Echo. Deshalb wird das «Ohr» weiter lauschen, wobei die Rubrik dieses Mal der bevorstehenden Volksabstimmung vom 22. September 2002 ihren Platz überlassen muss. Erfreulicherweise werden die PRO-LIBERTATE-Mitteilungen vermehrt nachbestellt. Die Weitergabe unseres Bulletins bildet einen wertvollen Beitrag zur Meinungsbildung und zur Gewinnung von neuen Mitgliedern. Vielen Dank!

Der PRO-LIBERTATE-Fokus ist eine neue Beilage. Der PL-Fokus soll ein bestimmtes Thema auf den Punkt bringen. Die erste Ausgabe widmet sich mit der Abstimmung

über die Verwendung der «überflüssigen» Goldreserven der Nationalbank. Der PL-Fokus erscheint nicht regelmässig, sondern wie bereits erwähnt, nur aus besonderem Anlass.

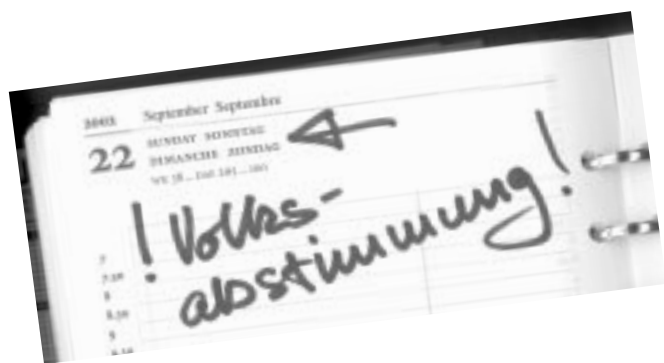
Herzlichen Dank!

Die Redaktion  
*Ami Bossard, Max Gerber,  
Werner Gartenmann*

### In dieser Ausgabe

- 2 Interview mit Nationalrat Christoph Blocher
- 4 PL-Stellungnahme zur Volksabstimmung vom 22.9.2002
- 5 Sie können es nicht lassen!
- 6 Neues PL-Projekt
- 7 Welchen Weg geht Pjongjiang?
- 8 Armee und Bevölkerung: Beförderungsfest in Moudon
- 9 Die Spalte des Präsidenten
- 12 5 klare Worte und Positionen





Eidgenössische Volksabstimmung  
vom 22. September 2002

## 2/3 «Man muss dafür sorgen, dass wenigstens das dem Volk wieder zukommt, was dem Volk gehört»

Interview mit Dr. Christoph Blocher, Herrliberg, zum Thema AHV-Goldinitiative



■ ■ Würde die Solidaritätsstiftung gegründet, würde diese jedes Jahr um Beiträge erpresst. ■ ■

*Sehr geehrter Herr Nationalrat Blocher, was ging in Ihnen vor, als 1997 Bundesrat Koller die Schaffung einer Solidaritätsstiftung aus Nationalbank-Gold ankündigte?*

Meine Reaktion war spontan: «Jetzt hat der Bundesrat den Kopf verloren.» Die Solidaritätsstiftung kündigte er in einer Rede über die Schweiz und den Zweiten Weltkrieg vor dem Parlament an.

*Wenn wir für unsere Leser und Leserinnen kurz die Situation von*

*1997 Revue passieren lassen: War die Solidaritätsstiftung eine Notwehrreaktion einer Landesregierung, welche einfach nicht die Kraft hatte, auf die ausländischen Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Situation der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges angemessen zu antworten?*

Dies ist so. Natürlich erleichtert das Nachgeben bei einer erpresserischen Forderung für den Augenblick. Das Nachgeben nimmt Druck weg. Aber wer Erpressungen nachgibt, der wird stets von neuem erpresst. Würde die



■ ■ Der Verzinsungsertrag von 20 Milliarden löst nicht alle Probleme, aber er ist eine wesentliche Stütze für die AHV – für alle Zeit. ■ ■

**Solidaritätsstiftung gegründet, würde diese jedes Jahr um Beiträge erpresst.**

*Wäre die Annahme der Stiftung demnach ein Schuldeingeständnis der Schweiz?*

**Das auch.**

*Am kommenden 22. September stimmen wir über eine Volksinitiative der SVP ab, welche die frei werdenden Goldreserven der AHV zuführen möchte. Somit wird die Schaffung der Stiftung unmöglich. Bundesrat und Parlament haben mit einem Gegenvorschlag auf die Initiative reagiert. Sind sich die Befürworter der Solidaritätsstiftung ihrer Sache doch nicht so sicher, dass nun nicht nur die Solidaritätsstiftung, sondern auch die Kantone und die AHV ein «Zückerchen» erhalten sollen?*

Dies hat man gemacht, um Kantone und AHV-Rentner zu gewinnen. Es bleibt jedoch dabei: Beim Gegenvorschlag sollten die Erträge von 7 Milliarden in die Solidaritätsstiftung gehen.

*Als Unternehmer sind Sie auf eine stabile Geld- und Währungspolitik angewiesen. Befürworten Sie grundsätzlich die Verringerung der Goldreserven der Nationalbank?*

**Bevor Nationalbank und Bundesrat entschieden haben, für währungspolitische Zwecke be-**

nötige man ca. 20 Milliarden nicht mehr, war ich nicht für die Auflösung. Aber jetzt ist entschieden und nun muss man dafür sorgen, dass wenigstens das dem Volk wieder zukommt, was dem Volk gehört. Führen wir dies dem AHV-Ausgleichsfonds zu, so werden die Renten sicherer und Steuererhöhungen für die AHV können zumindest aufgeschoben werden.

*Das Eidgenössische Finanzdepartement behauptet in einer Broschüre, im Gegensatz zum Gegenvorschlag gefährde die SVP-Goldinitiative die Unabhängigkeit der Nationalbank. Dies dürfte ja wohl kaum das Ziel der SVP sein?*

**Ich weiss nicht, woher dieser Unsinn stammt. Was überschüssige Reserven sind, bestimmt allein die Nationalbank. Das wird mit der Initiative nicht geändert.**

*Die SVP und Sie sagen, die Schweiz würde erpressbar, wenn jedes Jahr*

*die Stiftungsgelder verteilt werden müssen. Warum?*

**Weil Bundespräsident Koller damals in die Welt hinaus sprach, die Solidaritätsstiftung sei selbstverständlich auch für Holocaustopfer. Die amerikanischen Kreise werden die Stiftung also jedes Jahr unter diesem Titel belangen und erpressen.**

*Irgendwie hat man das Gefühl, die Zuführung der Erträge aus dem Verkauf des überflüssigen Goldes löse die Probleme der AHV im Kern auch nicht. Werden wir nicht trotz «Nationalbank-Gold» via erhöhte Mehrwertsteuer noch mehr Steuern bezahlen müssen?*

**Der Verzinsungsertrag von 20 Milliarden löst nicht alle Probleme, aber er ist eine wesentliche Stütze für die AHV – für alle Zeit. Ohne diese 20 Milliarden müssten ab 2008 die Mehrwertsteuer erhöht oder die Renten gekürzt**

**werden. Mit den Erträgen der überschüssigen Reserven nicht. Ob später weitere Mittel notwendig sind, hängt von der Wirtschaftsentwicklung ab.**

*Nach der Flugzeugkatastrophe von Überlingen in Deutschland hatten verschiedene Stimmen gefordert, der Bundespräsident benötige einen Fonds, aus welchem er bei solchen Katastrophen rasch finanzielle Anteilnahme leisten könnte. Wäre die geplante Stiftung nicht ein geeignetes Mittel, um das Bild der Schweiz im Ausland zu verbessern?*

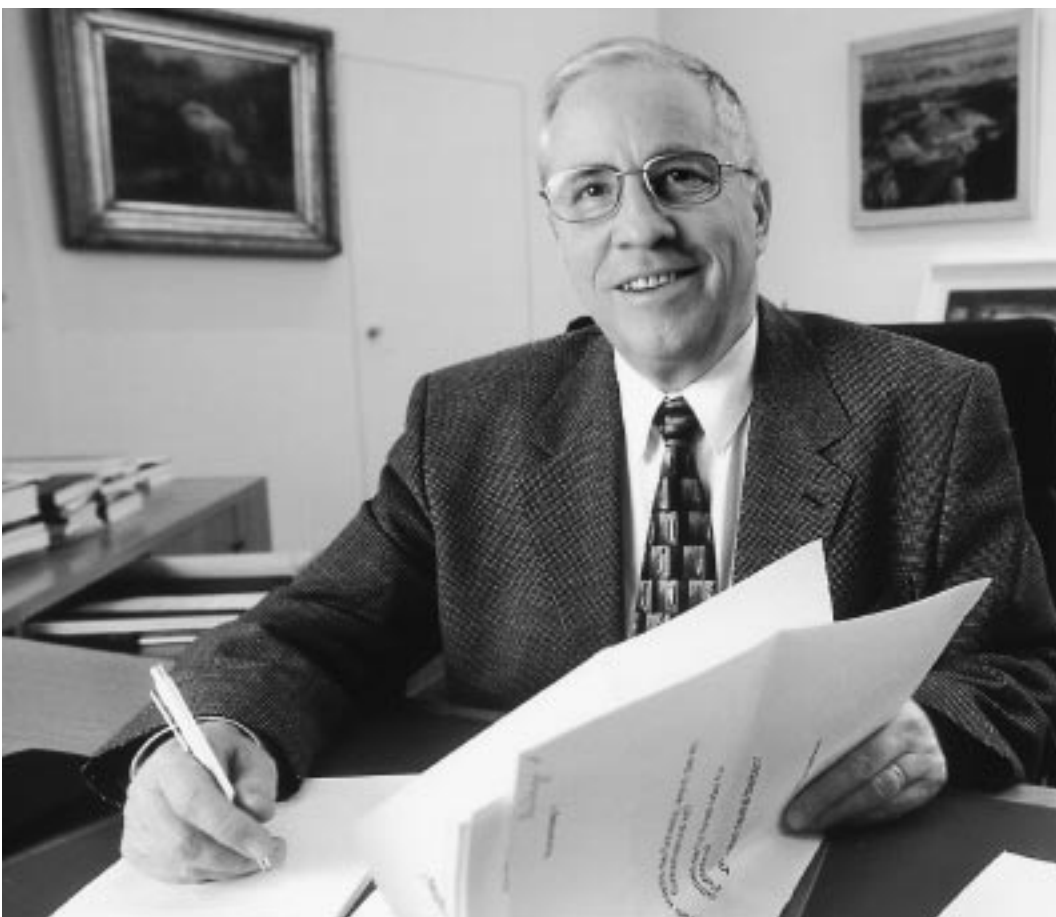
**Nein. Wir müssen nicht das Bild, «das Image» verbessern. Die Schweiz ist angesehen, wenn sie wie früher als Kleinstaat selbstständig und freiheitlich bleibt. Die Schweiz verliert ihr Ansehen, wenn sie dauernd von ihren bewährten Grundsätzen abweicht.**

*Könnten Sie mit einem doppelten Nein am 22. September leben?*

**Natürlich. Aber die Gefahr besteht, dass dann wieder Geld am Volk vorbeiverteilt wird.**

*Sehr geehrter Herr Dr. Blocher, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*

Mit Nationalrat Blocher sprach Ami Bossard, bossard@prolibertate.ch



■ ■ Was überschüssige Reserven sind, bestimmt allein die Nationalbank. ■ ■

■ Die Solidaritätsstiftung verunglimpft die grossartige Leistung der Aktivdienstgeneration. ■

4  
5

## Stellungnahme des Vorstandes von PRO LIBERTATE



Bild: Keystone

Wir bleiben dabei: Die Solidaritätsstiftung ist ein Schuldeingeständnis, das aussagt, die Schweiz habe sich im Zweiten Weltkrieg schlecht und egoistisch verhalten sowie mitgeholfen, die Ziele Nazideutschlands zu realisieren (vgl. Bergier-Schlussbericht). 1997 vom Bundesrat lanciert, war die Stiftung «eine Art Fluchtbewegung nach vorn, um den internationalen Druck zu lindern» (Originalzitat aus «Das SP-Polithandbuch»). Somit bleibt die Solidaritätsstiftung das Symbol einer Kapitulationspolitik.

Der nun vorgelegte Gegenvorschlag ist nichts anderes als ein Trickspiel, um die Solidaritätsstiftung zu retten: ein Drittel Zückerchen den Kantonen, ein Drittel Zückerchen der AHV

und das letzte Drittel für das Prestigeprojekt «Stiftung».

Überlegen Sie, was Ihr Kanton mit dem Geld machen wird und ob Sie dazu etwas zu sagen haben. Überlegen Sie, was die Solidaritätsstiftung bringen wird. Ein Profilierungswerk für Leute, die mit fremdem Geld «Gutes tun werden»! Wir sind überzeugt, die AHV-Initiative ist eine gute Sache. Die Kritik, dass man da wiederum die «polarisierende SVP» unterstütze, weisen wir zurück. Wichtige Sachfragen sind losgelöst von Parteipolitik zu beurteilen. Die AHV-Initiative ermöglicht konkrete Solidarität innerhalb des Schweizervolkes, und zwar ohne überflüssiges Blabla.

# Nein

zum  
Gegenvorschlag

# Ja

zur  
AHV-Initiative



Bild: Keystone

■ Die Bundesbehörden mischen sich auf undemokratische Weise in Abstimmungsdiskussionen ein. So auch bei der Frage, was mit dem Nationalbank-Gold geschehen soll. ■■

## Sie können es nicht lassen!

DR. IUR. HANSUELI GRAF,  
A. NATIONALRAT, BÜLACH

Die stärkste Säule unseres Bundesstaates ist die direkte Demokratie. In ihr haben letztlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Sagen: Sie wählen den Nationalrat und den Ständerat, das heisst die Vereinigte Bundesversammlung, die den Bundesrat wählt. Die Stimmbürgerschaft beherrscht darüber hinaus die Gesetzgebung, denn sie kann Initiativen ergreifen und durch das obligatorische oder fakultative Referendum Entscheidungen der Bundesversammlung korrigieren bzw. ablehnen.

Weil diese auf der ganzen Welt einzigartige Staatsform in unserem Lande umfassend gilt, also im Bund, in den Kantonen und in den Gemeinden, darf sie als *die* tragende Säule der Schweizerischen Eidgenossenschaft bezeichnet werden.

Mit wachsender Sorge stellt jedoch der verantwortungsvolle Bürger fest, dass der Bundesrat und auch die Bundesversammlung sich nicht mehr als Diener des Volkes und Vollstrecker der erlassenen Gesetze benehmen, sondern glauben, Volk und Staat führen zu müssen. Diese überhand nehmende,

grassierende Arroganz bedeutet eine Verschiebung der Macht vom Volk zu Bundesrat und Bundesversammlung, was unsere direkte Demokratie eklatant beschädigt und letztlich abbaut. Nicht mehr Volk und Stände bestimmen unbeeinflusst von der Obrigkeit über Vorlagen, sondern Bundesrat und Verwaltung tun dies unter dem Deckmantel der Informationspflicht. Informieren heisst jedoch nicht indoktrinieren. Und genau das geschieht in letzter Zeit vor jedem entscheidenden Urnengang. Mittels eines gewaltigen Propagandaaufwandes, unter offener Mithilfe der vielhundertköpfigen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kirchen, der Medien und in Dutzenden von Medienauftritten der sonst stets so überbelasteten Bundesräte, wird die freie Meinungsbildung der Bürgerschaft manipuliert und die direkte Demokratie auf Bundesebene zur Farce gemacht. Denn die direkte Demokratie ist existenziell abhängig von der Gewaltenteilung, in welcher die gesetzgebende Gewalt (Legislative), d.h. National- und Ständerat und teilweise das Volk, streng getrennt ist von der vollziehenden Gewalt (Exekutive), d.h. dem Bundesrat, und der Recht sprechenden Gewalt (Judikative), d.h. dem Bundesgericht. Die Gewaltenteilung

verhindert eine übermässige, einseitige Machtkonzentration. Doch vergeblich warnen besorgte Bürger und einige wenige Parlamentarier vor dieser gefährlichen Entwicklung, denn der hohe Bundesrat zeigt sich unbeeindruckt und stellt sich taub.

### Herr Villiger hat den Reigen bereits eröffnet

Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das Nationalbank-Gold hat ausgerechnet Bundespräsident Villiger die erneut zu befürchtende Propagandalawine bereits losgetreten, nämlich anlässlich seiner 1.-August-Ansprache in Zürich. Eigentlich hätte man von ihm tiefschürfendere Gedanken erwarten dürfen. Ganz abgesehen davon, dass er als oberster Kassenwart der Eidgenossenschaft wissen sollte, dass jeder Goldverkauf eines Staates dessen Währung unwiederbringlich schwächt, sollte er sich tunlichst hüten, als vielseitiger Glücksbringer aufzutreten, solange er nichts Konkretes vorzuweisen in der Lage ist, mit dem er den desolaten Zustand der AHV zu verbessern vermag. Und nachdem unsere Kantone durchaus imstande sind, ihren Finanzhaushalt zu ordnen, erübrigt sich auch die Verteilung des «Volksvermögens» an sie! Schliesslich beweist unser kleines Land mit nicht weniger als rund vier Milliarden Franken an Solidaritätsbeiträgen pro Jahr weltweit wohl einmalig, dass

es sich nicht noch weiter solidarisch aufspielen muss.

Die neue Propagandalawine für die nächste Abstimmung – sie dürfte wieder Millionen an Steuergeldern kosten! – ist also losgetreten – die Bundesräte können es eben einfach nicht lassen!

### Was ist zu tun?

Gegen die millionenschwere Propagandaflut von «Bern» braucht es dringend ein Gegengewicht, ein Machtinstrument, das der undemokratischen Rattenfängerei entgegenzutreten kann. Nicht nur am Stammtisch, auch bei vielen Gesprächen tritt die Verärgerung über das Machtgehabe von Bundesrat und seinen Sendlingen

offen zutage. Darüber hinaus ist immer wieder die Aufforderung zu hören: «Tut endlich etwas!» Doch wer soll etwas tun? Es braucht ein Instrument, eine Institution, die die effektive freie Meinungsbildung gewährleistet. Leider ist eine solche wünschenswerte und nachgerade unbedingt nötige Institution so lange machtlos, als sie nicht über finanzielle Mittel verfügt, die ihr erlauben, in der breiten Öffentlichkeit aufzutreten.

Es gibt in der Schweiz viele Bürger, die es zu Wohlstand, ja Reichtum gebracht haben, ohne sich je für das Land – abgesehen vom Steuerzahlen – engagiert zu haben. Gibt es nicht einige Hundert, die bereit sind, eine Institution, wie wir sie erwähnt haben, zu alimen-

tieren? Natürlich müssten wenige, aber klare Satzungen aufgestellt und integre Kräfte eingesetzt werden, um hier restlos verantwortungsvolles Handeln zu garantieren.

Voraussetzung aber ist, dass Schweizer (weshalb nicht auch Ausländer?) bereit sind, für ein oder mehrere Jahre einen grösseren Beitrag zu erbringen. Dann stünden wir der von Bern inszenierten Propagandamaschinerie (sie wird übrigens aus unseren eigenen Steuergeldern gespeist ...) nicht länger machtlos, weil tatenlos gegenüber.

Einen kenne ich, der vorbehaltlos mitmacht: den Verfasser dieses Beitrages.

## EIN NEUES PL-PROJEKT

PRO LIBERTATE wird sich in den nächsten Monaten mit der Idee beschäftigen, ein Instrument zu schaffen, welches erlauben wird, gegen den zunehmenden Staatsaktivismus in der politischen Debatte anzutreten. Unter anderem sollte dieses Instrument auch dazu dienen, Klagen bei Gerichten einzureichen, wenn aus ideologischen Gründen oder übertriebenem Bürokratismus der bürgerliche Alltag schikaniert oder Bestimmungen der Bundesverfassung verletzt werden. So könnte z.B. die Verhöhnung der Schweizer Fahne einklagbar sein, hält doch das Strafgesetzbuch klar fest, was mit der Fahne nicht getan werden darf. Oder wenn Freiwillige im Kanton Bern ein Höhenfeuer für die 1.-August-Feier aufschichten und dabei von der Polizei im Auftrag der Gemeindebehörden kontrolliert werden, ob sich im Scheiterhaufen nicht ein Brett mit einem Nagelloch finden lässt – denn ein fragwürdiges Gesetz besagt, sobald in einem Brett ein Nagelloch vorzufinden

ist, handle es sich um «behandeltes» Holz, das im Freien nicht verbrannt werden dürfe ...! – so müsste doch jenes Feuer trotz Nagellocherholz angezündet und die folgende Busse bis zur letzten Instanz angefochten werden. Und wenn öffentliche Lehranstalten im Kanton Zürich Schülern verbieten, aus Rücksicht auf die ausländischen Mitschüler den Unterricht nicht mit dem Schweizer Kreuz auf dem Pullover zu besuchen, ist das schlichtweg nicht zu akzeptieren. Auch wenn solche Gerichtshändel negativ ausgehen könnten, setzen sie ein klares Symbol zum Widerstand gegen einen lückenhaft kontrollierten Kraken, dessen Fangarme – sprich Gesetze, Verordnungen, antischweizerische Aktionen und Schikanen – die Luft des Bürgertums und der politischen Freiheit abwürgen. Also muss man den Kraken dazu bringen, dass er sich mit seinen eigenen Fangarmen einschränkt und schliesslich zurückzieht.



## Armee und Bevölkerung Beförderungsfeier der Panzergrenadier-Unteroffiziersschule 221/2002 am 1. August 2002 in Moudon

MAX GERBER  
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE

Der Schulkommandant Oberst im Generalstab Daniel Escher hat den Vorstand von PRO LIBERTATE zur oben erwähnten Feier eingeladen. Dieser Einladung haben wir mit Freude Folge geleistet.

Pünktlich um 10.00 Uhr begann der Festtag mit einem eindrücklichen Defilee der Truppe mit diversen Panzern und Ehrengarden im

Zentrum von Moudon. Eine stattliche Anzahl Personen applaudierten den vorbeimarschierenden Angehörigen der Armee.

Anschliessend fand die Beförderungszeremonie in der Kirche St-Etienne statt. Die anwesenden Familienmitglieder, Vertreter von Behörden und viele Ehrengäste durften eine äusserst würdige, feierliche und in allen Teilen perfekt ablaufende Brevetierung der Grenadiere zum Korporal erleben. Für

die musikalische Umrahmung der Zeremonie sorgte ein Militärspiel.

Dieser Tag bleibt allen in bester Erinnerung. Herr Oberst Daniel Escher ist es einmal mehr gelungen, die Armee und die Bevölkerung zusammenzubringen. Wir gratulieren ihm zu diesem professionell organisierten Tag.

Zum Abschluss waren alle Teilnehmer zu einem grosszügigen Apéro eingeladen.



Bild Kirche St. Etienne: U. Bonetti

Flagge  
zeigen!



Mit dem Kauf von  
PRO-LIBERTATE-  
Plakataktionen helfen  
Sie mit, dass unsere  
Arbeit und unsere Ziele  
bekannter werden.

Spinner  
schwätzen über...

Freiheit...

Es liegt an Dir,  
die Freiheit für Dich  
und Deine Kinder  
zu erhalten.

PRO LIBERTATE  
Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde  
3000 Bern 11  
infos: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

Null Bock auf...

Demokratie...

Es liegt an Dir,  
die Demokratie  
zum Nutzen aller  
durchzusetzen.

PRO LIBERTATE  
Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde  
3000 Bern 11  
infos: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

Nutzloses Blabla  
über...

Menschen-  
würde...

Es liegt an Dir,  
die Achtung  
der Menschenwürde  
zu unterstützen.

PRO LIBERTATE  
Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde  
3000 Bern 11  
infos: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

Fordern Sie umgehend die Unterlagen an unter Tel. 031 332 57 84,  
Fax 031 332 57 85 oder via E-Mail: [plakat@prolibertate.ch](mailto:plakat@prolibertate.ch). Vielen Dank!

# Welchen Weg geht Pjöngjang

DR. IUR.  
FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

8  
9

Das äusserste Minimum einer Reis- und Getreideernte in Nordkorea beträgt fünf Millionen Tonnen. Nach weiteren Berechnungen der UNO aber belief sie sich während der letzten Jahre stets auf nur 3,5 Millionen Tonnen; in diesem Jahr fehlen noch rund 430000 Tonnen Reis. Erhielten die rund 22 Millionen Menschen dort lange täglich 300 Gramm Reis, so wurde jetzt Mitte Juli die Ration auf 250 Gramm herabgesetzt – nach den Welternährungsbehörden aber braucht ein Erwachsener pro Tag 700 Gramm! In der Tat: Die Ernährung im Nordteil Koreas wird heute nur durch internationale Hilfssendungen gewährleistet.

Angesichts ihrer Misere sind während der vergangenen sechs Jahre etwa 150000 Nordkoreaner in die VR China geflohen, um heimlich nach Hongkong und mit Hilfe des dortigen südkoreanischen Generalkonsulats dann nach Seoul zu gelangen. Vor drei Jahren waren es 148 Flüchtlinge, 2001 stieg ihre Zahl auf 583 und allein während der letzten sieben Monate belief sie sich auf weitere 576! In zunehmendem Masse versuchen viele, bei westlichen Botschaften oder Konsulaten in Peking Asyl zu bekommen. China verweigert ihnen aber den Flüchtlingsstatus, liess sie jedoch «aus humanitären Gründen» gehen, obwohl ein Vertrag Peking verpflichtet, sie nach Pjöngjang abzuschicken.

Im Juni dieses Jahres indes verlangte das Aussenministerium der Volksrepublik die Auslieferung aller Geflohenen. Chinesische Wachposten drangen sogar in das südkoreanische Konsulat ein und entführten einen Flüchtling. Eine grobe Verletzung des Völkerrechts, zumal die Mission juristisch südkoreanisches Territorium ist! Erst nach langen Verhandlungen gab die VR China nach; offenbar würde sie es nur ungern sehen, wenn das Thema vor aller Welt in der



UNO erörtert werden würde. Ausgestanden aber ist die Problematik keineswegs, denn noch in der zweiten Augustwoche hielt die Fluchtbewegung an. Neuerdings bestraft Peking indes alle Personen, die den Flüchtlingen in irgendeiner Weise geholfen haben. Zudem hat es kürzlich die Belohnung für Spitzelmeldungen über fliehende Nordkoreaner im Lande auf 5000 bis 50000 Yüan heraufgesetzt ...

Es war wohl die katastrophale Situation, dass die Regierung in Pjöngjang Mitte Juni ohne jegliche öffentliche Ankündigung eine ideologische Niederlage, einen Bruch mit allen kommunistischen Wertvorstellungen hinnahm: Das jahrzehntelange Bezugssystem wurde aufgehoben und ein freier Markt zugelassen. Wie weit diese Reform in dem bisher stalinistisch-starren System gehen wird, bleibt eine offene Frage. Zudem scheint es in Pjöngjang erstmals wichtigere Kreise zu geben, die offenbar ein besseres Verhältnis zu Südkorea anstreben: Während der Fussballweltmeisterschaft gratulierte der nordkoreanische Staatsrundfunk den Landsleuten im Süden – Ähnliches hatte es bisher niemals gegeben! Ebenso spricht man von einer direkten Fluglinie zwischen den beiden Hauptstädten.

Das nordkoreanische Militär indes will offenbar an seiner feindlichen Haltung festhalten: Als es Ende Juni im Gelben Meer zu einem Feuergefecht mit den Südkoreanern kam, wurde dies von der Militärführung im Norden offensichtlich provoziert, um eine Annäherung zwischen den Landesteilen zu verhindern. Ohnehin hatte die Armee schon vor einiger Zeit ihre subversive Flugblatt- und

Radiopropaganda gegen den Süden trotz aller gegenseitigen Regierungsabkommen wieder aufgenommen.

Ende Juli «bedauerte» Pjöngjang plötzlich jenen Zwischenfall vom 29. Juni – ein bisher einmaliger Vorgang, auch wenn er keine förmliche Entschuldigung darstellte. Zugleich schlug es die Wiederaufnahme des innerkoreanischen Dialogs vor und bald danach Verhandlungen mit den USA und Japan. Ob die Offerten auf seriösen Absichten beruhen oder einen Trick darstellen, bleibt abzuwarten. Nordkoreas Ziel ist ganz zweifellos Wirtschaftshilfe, Seoul seinerseits wünscht häufigere Besuche der in beiden Landesteilen getrennt lebenden Familien (der Postverkehr über den 38. Breitengrad wurde bereits 1948 vom Norden eingestellt und bis heute nicht wieder aufgenommen); die USA möchten über das Nuklearprogramm informiert sein, während Tokios Interesse sich auf die Heimkehr von elf entführten Landsleuten und die Mitglieder der Terrorgruppe «Japanische Rote Armee» konzentriert.

Wird es zu jenen Verhandlungen kommen, werden sie äusserst schwierig und wohl auch länger dauern. Pjöngjang wird dabei kaum so weit gehen, dass die Existenz des Regimes gefährdet ist. Aber ist es nur Zufall, dass der Sohn des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-il eine Schule im fernen und sicheren Bern besucht?

*Um den Sohn kümmert sich der nordkoreanische Botschafter in Bern, der ein alter, persönlicher Freund von Kim Jong-il ist. Der Sohn ging früher auf eine internationale Schule in Bern, seit letztem Jahr besucht er eine «rein» schweizerische Schule in Bern. Meines Wissens ist dies bisher nie in der Schweiz bzw. in Deutschland veröffentlicht worden; die Nachricht stammt indes aus sehr guten Quellen ...*



## Spalte des Präsidenten



### Wozu?

### Weil Zivil- courage notwendig ist.

WERNER GARTENMANN  
PRÄSIDENT PRO LIBERTATE

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Sicher haben Sie sich auch schon gefragt, ob es überhaupt einen Sinn hat, eine Vereinigung wie PRO LIBERTATE zu unterstützen. Gerade dann taucht diese Frage auf, wenn Ereignisse in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zeigen, dass PRO LIBERTATE mit ihren Ansichten völlig quer in der Landschaft steht. Was wären Alternativen? Die Arbeit in einer politischen Partei bietet sich an. Aber die Nationalratswahlen 2003 werden es wiederum zeigen, dass die verschiedenen Parteiprogramme ziemlich gleiche Lösungen anbieten und Themen, welche die Bevölkerung besonders beschäftigen, derart «flexibel» abgehandelt werden, dass man nach den Wah-

len auf die nächsten Wahlen vertröstet wird. Schliesslich will man ja erstens keine Wählerstimmen verlieren und zweitens muss man auf Bundesräte Rücksicht nehmen, damit ihnen ihre eigene Partei «nicht in den Rücken fällt».

Der Zustand des Gesundheitswesens, die Sicherstellung und die zukunftsfähige Ausgestaltung der Sozialversicherungen (AHV!), ständige Erhöhung der Steuerlast, die illegale Einwanderung, die innere Sicherheit, das Bildungswesen und die Aussenpolitik des neutralen Kleinstaates bereiten uns Sorge. Über solche Fragen kann das Schweizervolk abstimmen. Dieser Vorgang ist eine Meisterleistung der demokratischen Gestaltung eines Staates. Der Entscheid zur sachpolitischen Vorlage steht in seiner Auswirkung qualitativ über der Wahl der Behördenmitglieder. Denn präsentiert der Gesetzgeber eine Vorlage, welche dem Volk nicht passt, wird er gezwungen,

holt zur Abstimmung bringt oder sie «getarnt», quasi in homöopathischen Dosen, dem Volk unterjubelt. Erschwerend hinzu kommen die zunehmende Einmischung der Bundesverwaltung in Abstimmungskämpfe und das Meinungs-diktat der Medien. Deshalb macht es Sinn, PRO LIBERTATE aktiv ins Spiel zu bringen. Wir sind Meinungsmacher. Und dies seit rund 50 Jahren. Stets ist die Vereinigung auf Kurs geblieben und hat hartnäckig für ihre Überzeugung gekämpft.

Die Reaktionen auf die Expo-Bundesfeier zeigen, dass wir mit unserer Kritik Recht hatten. Das Schweizer Kreuz wird heute wieder auf der Brust getragen, auch wenn es als «Modegag» abgetan wird; wäre dies vor wenigen Jahren denkbar gewesen? Und die Bundesfeieransprachen und auch die Beflaggung der Häuser waren dieses Jahr verstärkt «schweizorientiert». Es lohnt sich also, mit



■ ■ 2002: Man schämt sich nicht mehr, das Schweizer Kreuz zu zeigen. ■ ■

einen weiteren Vorschlag auszuarbeiten oder die Finger davon zu lassen, egal ob der Gesetzgeber rot, blau, grün oder schwarz ist. Aber damit dieser korrigierende Einfluss seine Wirkung erzielt, müssen wir Bürgerinnen und Bürger an die Urne. Im Weiteren bedarf es der Hartnäckigkeit und der Zivilcourage – ja der Zivilcourage –, denn die Gefahr besteht akut, dass der Gesetzgeber verlorene Vorlagen entweder wieder-

Zivilcourage für einen gesunden Patriotismus einzustehen.

Sie erinnern sich an unsere Auseinandersetzung mit dem Huber Verlag in Frauenfeld. Der Verlag verweigerte uns bekanntlich die Publizierung eines Inserates im Handbuch «Armee 2002». PRO LIBERTATE kritisierte dieses Vorgehen massiv. Nun hat der Herausgeber beschlossen, ein so genanntes «sicherheitspolitisches Forum» zu realisieren. Parteien und

Bild: Keystone

Organisationen sind eingeladen, für die Ausgabe 2003 ihre Positionen einzubringen – auch PRO LIBERTATE. Auch hier hat sich Zivilcourage gelohnt. Oder denken Sie an die von unserem Vorstandsmitglied Thomas Fuchs lancierte Volksinitiative «Der Berner Bär muss bleiben». Die Stadtberner Regierung hat nun beschlossen, dass der Bär im Wappen der Stadt Bern verbleibt. Die Zivilcourage hat sich gelohnt. Die Expo-Bundesfeier ist landauf, landab durchgefallen. Die Ankün-

digung, PRO LIBERTATE werde ab dem 1. August 2002 eine schwarze Liste mit Personen führen, die dank Steuergeldern und Unterstützung der Behörden ihre unfaire Agitation gegen unser Land ausüben können, fand in der Presse ein breites Echo. Der Vorstand wird nun das Projekt ausbauen. Es gilt zu überlegen, wie die Liste als politisches Mittel wirkungsvoll eingesetzt werden kann. Auch hier wird sich die Zivilcourage lohnen. Betätigen wir uns aktiv in der Meinungsbildung. Wir haben das Heft

in der Hand. PRO LIBERTATE bietet eine gute Plattform, am Geschehen teilzunehmen. Die Expo-Direktorin Nelly Wenger verkündete selbstbewusst, an der Expo werde die Schweiz von morgen gezeigt. Wir arbeiten auch an der Schweiz von morgen. Es wird sich zeigen, dass die Expo.02 das letzte Aufbäumen der 68er-Generation war. Denn ich bin überzeugt, dass wir mit unserem Engagement für die Gestaltung der Schweiz am längeren Hebel sind – dank Zivilcourage.

## ... aus der Presse



### Expo.02 – nach «Affentheater»

PRO LIBERTATE führt schwarze Liste mit «Schweizergegenern»

Bern (sda) Das 1. August-Spektakel an der Expo hat den Zorn von PRO LIBERTATE entfacht. Die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde startet eine schwarze Liste. Eröffnet wird sie von Lukas Bärfuss und Samuel Schwarz.

PRO LIBERTATE-Präsident Werner Gartenmann bezeichnete am Freitag auf Anfrage das auf der Expo-Arteplage in Biel aufgeführte und vom Fernsehen übertragene Stück «august 02 - août 02 - agosto 02 - avust 02» als eine vorsätzliche und unnötige Provokation. Das Stück von Bärfuss (Autor) und Schwarz (Regie) bleibe auch ohne schlüssige Antworten.

Bärfuss und Schwarz eröffnen jetzt die schwarze Liste von Pro Libertate, wie es in deren jüngsten «Mitteilungen» heisst. Die Liste soll Personen aufführen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten sowie politi-

sche und kulturelle Toleranz mit ideologischem Meinungsterror niederwalzen».

### Steuermillionen entziehen

PRO LIBERTATE will die Liste wirkungsvoll an die Öffentlichkeit tragen, damit die politisch Verantwortlichen endlich den Unmut der schweigenden Mehrheit erführen. Ziel sei, diesem Treiben den Nährboden – unter anderem Steuermillionen – zu entziehen.

Gemäss Gartenmann soll dies via Internet oder mit Inseraten geschehen. Zur Zeit sei man daran, das nötige Geld zu sammeln. Voraussichtlich Anfang 2003 werde die Liste mit einem Paukenschlag publiziert. Bis dahin hätten die rund 3000 Mitglieder von PRO LIBERTATE Gelegenheit, dem Vorstand weitere Namen vorzuschlagen.

Auf der Liste würden die Tätigkeiten der Angeprangerten und deren politische Herkunft aufgezeigt werden. «Es geht nicht darum, ihnen das Haus anzuzünden», sagte Gartenmann. «Wir wären auch bereit, mit diesen Leuten ein Podiumsgespräch zu veranstalten.»

2.8.2002

3.8.2002

Tages-Anzeiger

### Schwarze Liste

Bern. – Das 1.-August-Spektakel an der Expo hat den Zorn von Pro Libertate entfacht. Die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde will künftig eine schwarze Liste von Personen führen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten sowie politische und kulturelle Toleranz mit ideologischem Meinungsterror niederwalzen». Als Erste sollen Lukas Bärfuss und Samuel Schwarz, der Autor und der Regisseur des auf der Expo-Arteplage Biel aufgeführten Stücks, auf die Liste gesetzt werden. Pro-Libertate-Präsident Werner Gartenmann nannte am Freitag die Aufführung eine vorsätzliche Provokation. (SDA)

3.8.2002

Rheintalische Volkszeitung

### Schwarze Liste mit «Schweizergegnern»

Das 1.-August-Spektakel an der Expo hat den Zorn von Pro Libertate entfacht. Die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde startet eine schwarze Liste. Eröffnet wird sie von Lukas Bärfuss und Samuel Schwarz. Pro-Libertate-Präsident Werner Gartenmann bezeichnete gestern das auf der Expo-Arteplage in Biel aufgeführte «august02-aôut02-agosto02-avust02» als eine vorsätzliche und unnötige Provokation. Das Stück von Bärfuss (Autor) und Schwarz (Regie) bleibe auch ohne schlüssige Antworten.

Die schwarze Liste der Vereinigung soll Personen aufführen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten sowie politische und kulturelle Toleranz mit ideologischem Meinungsterror niederwalzen».

(sda)

3.8.2002

1.-AUGUST-FEIER

# Das Expo-«Affentheater» ist durchgefallen

*Das 1.-August-«Affentheater» der Expo auf der Bieler Arteplage hat Buhrufe von Vertretern aus Politik, Kultur und Medien erhalten. Und die Romands sehen sich in dem Stück zu wenig berücksichtigt.*

Bundesrat Samuel Schmid möchte das Spektakel «august02-août02-agosto02-avust02» kein zweites Mal anschauen müssen. Das Stück brauche «etwas zu simple Mittel, um das Problem in seiner Tiefe zu behandeln, das ist schade», sagte Schmid. «Zu viel Aff und Sex», befand Expo-Direktor Franz Steinegger. Die Hauptbotschaft sei zu wenig klar herübergekommen. Als anregend empfunden habe er aber die Beschäftigung mit der Frage der schweizerischen Identität. Wahrscheinlich gebe es hierfür keine fertigen Antworten. «Insofern hat das Stück den Zweck erfüllt.»

**Zu viel Schweizerdeutsch**  
Expo-Eventdirektor Daniel Rosselat sagte, er habe nicht alle

Feinheiten des Stücks verstanden, weil die meisten Dialoge zwischen Hochdeutsch und Schweizerdeutsch abwechselten. Dies zeige die Schwierigkeit eines mehrsprachigen Spektakels. François Lachat, Präsident der Vereinigung Helvetia Latina, bedauerte, die offiziellen Reden betonten den Respekt der Sprachen, um schliesslich auf allen Fernsehkanälen des Landes ein offizielles Spektakel zu erhalten, welches die Minderheiten nicht respektiere. Schweizerdeutsch sei schliesslich keine offizielle Sprache.

François Rochaix, Regisseur des Expo-Eröffnungsspektakels, ist nicht schockiert vom Vorherrschen der deutschen Sprache im Stück. «Ich verstehe Schweizerdeutsch, und schliesslich wurde das Stück im zweisprachigen Biel aufgeführt», sagte er. Insgesamt habe ihn die Aufführung berührt. Er finde aber, dass die Parodie «überholt» sei.

**Besser in Sexshop**  
Der Berner SVP-Politiker Thomas Fuchs bezeichnete die Aufführung als deplatziert. «Wenn jemand so etwas

braucht, ist er in einem Sexshop besser bedient.» So bringe man keine Leute an die Expo. Aus Unmut über das Stück startet die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde, Pro Libertate, eine schwarze Liste mit Personen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten». Eröffnet wird sie von Lukas Bärffuss und Samuel Schwarz, Autor und Regisseur des «Affentheaters».

Wenig bis gar keine Begeisterung hat das Spektakel in den Zeitungskomentaren ausgelöst. «Was skandalös hätte sein sollen, war biedere Provokation», stellt die «Neue Luzerner Zeitung» fest. Der «Tages-Anzeiger» hat «mehr Klamauk als Ironie» gesehen. Das Stück habe sich als entschieden weniger subversiv herausgestellt, als die vorgängige Aufregung vermuten liess. Gnädiger ist die «Mittelland Zeitung»: Theatralisch sei das Stück gut und unterhaltsam. Die «Südostschweiz» sah eine muntere TV-Unterhaltungsshow, eine Mischung zwischen «Teleboy» und «Big Brother».

3.8.2002

## Freiburger Nachrichten

keine offizielle Sprache. François Rochaix, Regisseur des Expo-Eröffnungsspektakels, ist nicht schockiert

# Kein Lob für Affentheater

*Kein zweites Mal, meint Samuel Schmid*

**Das 1.-August-«Affentheater» der Expo auf der Bieler Arteplage hat Buhrufe von Vertretern aus Politik, Kultur und Medien erhalten. Und die Romands sehen sich in dem Stück zu wenig berücksichtigt.**

Bundesrat Samuel Schmid möchte jedenfalls das Spektakel «august02-août02-agosto02-avust02» kein zweites Mal anschauen müssen. Das Stück brauche «etwas zu simple Mittel, um das Problem in seiner Tiefe zu behandeln, das ist schade», sagte Schmid. «Zu viel Aff und Sex», befand Expo-Direktor Franz Steinegger. Die Hauptbotschaft sei zu wenig klar herübergekommen. Als anregend empfunden habe er aber die Beschäftigung mit der Frage der schweizerischen Identität. Wahrscheinlich gebe es hierfür keine fertigen Antworten. «Insofern hat das Stück den Zweck erfüllt.»

**Zu viel Schweizerdeutsch**

Expo-Eventdirektor Daniel Rosselat sagte, er habe nicht alle Feinheiten des Stücks verstanden, weil die meisten Dialoge zwischen Hochdeutsch und Schweizerdeutsch abwechselten. Dies zeige die Schwierigkeit eines mehrsprachigen Spektakels. François Lachat, Präsident der Vereinigung Helvetia Latina, bedauerte, die offiziellen Reden betonten den Respekt der Sprachen, um schliesslich auf allen Fernsehkanälen des Landes ein offizielles Spektakel zu erhalten, welches die Minderheiten nicht respektiere. Schweizerdeutsch sei schliesslich

Unterhaltungsshow, eine Mischung zwischen «Teleboy» und «Big Brother».

# Kein Lob für Affentheater

*Kein zweites Mal, meint Samuel Schmid*

vom Vorherrschen der deutschen Sprache im Stück. «Ich verstehe Schweizerdeutsch, und schliesslich wurde das Stück im zweisprachigen Biel aufgeführt», sagte er. Insgesamt habe ihn die Aufführung berührt. Er finde aber, dass die Parodie «überholt» sei.

**Besser in Sexshop**

Der Berner SVP-Politiker Thomas Fuchs bezeichnete die Aufführung als deplatziert. «Wenn jemand so etwas braucht, ist er in einem Sexshop besser bedient.» So bringe man keine Leute an die Expo. Aus Unmut über das Stück startet die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde, Pro Libertate, eine schwarze Liste mit Personen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten». Eröffnet wird sie von Lukas Bärffuss und Samuel Schwarz, Autor und Regisseur des «Affentheaters».

**«Teleboy» und «Big Brother»**

Wenig bis überhaupt keine Begeisterung hat das Spektakel in den Zeitungskomentaren ausgelöst. «Was skandalös hätte sein sollen, war biedere Provokation», stellt die «Neue Luzerner Zeitung» fest. Der «Tages-Anzeiger» hat «mehr Klamauk als Ironie» gesehen. Das Stück habe sich am Ende als entschieden weniger subversiv herausgestellt, als die vorgängige Aufregung vermuten liess. Gnädiger ist die «Mittelland Zeitung»: Theatralisch sei das Stück gut und unterhaltsam. Die «Südostschweiz» sah im Affentheater eine muntere TV-

3.8.2002

**DIE SÜDOSTSCHWEIZ**  
Glerner Nachrichten  
Der Gasterländer  
Bündner Zeitung

5.8.2002

**Sarganserländer**

3.8.2002

**Merdenberger & Obertoggenburger**

# Schwarze Liste gestartet

sda.- Das 1.-August-Spektakel an der Expo hat den Zorn von Pro Libertate entfacht. Die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde startet eine schwarze Liste. Eröffnet wird sie von Lukas Bärffuss und Samuel Schwarz. Pro-Libertate-Präsident Werner Gartenmann bezeichnete auf Anfrage das auf der Expo-Arteplage in Biel aufgeführte und vom Fernsehen übertragene Stück «august02-août02-agosto02-avust02» als eine vorsätzliche und unnötige Provokation. Das Stück von Bärffuss (Autor) und Schwarz (Regie) bleibe auch ohne schlüssige Antworten.

Die Liste der Pro Libertate soll Personen aufführen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten sowie politische und kulturelle Toleranz mit ideologischem Meinungssterror niederwalzen».

3.8.2002

**Bündner Tagblatt**

# Schwarze Liste mit «Schweizgegnern»

Das 1.-August-Spektakel an der Expo hat den Zorn von Pro Libertate entfacht. Die ganz rechts stehende Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde startet eine schwarze Liste. Eröffnet wird sie von Lukas Bärffuss und Samuel Schwarz.

Pro-Libertate-Präsident Werner Gartenmann bezeichnete gestern das auf der Expo-Arteplage in Biel aufgeführte «august02-août02-agosto02-avust02» als eine vorsätzliche und unnötige Provokation. Das Stück von Bärffuss (Autor) und Schwarz (Regie) bleibe auch ohne schlüssige Antworten.

Die schwarze Liste der Vereinigung soll Personen aufführen, «welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten sowie politische und kulturelle Toleranz mit ideologischem Meinungssterror niederwalzen».

» «Affentheater» durchgefallen ...»  
(sda)

# •••• 5 klare Worte und Positionen

## Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. 22. September 2002: Nein zum Gegenvorschlag! Denn er ist ein Trick, um das Schuldeingeständnis namens Solidaritätsstiftung zu realisieren.
2. Bürgerinnen und Bürger an die Urnen: Einfluss nehmen!
3. Zivilcourage: Wehren wir uns im Alltag gegen Schikanen!
4. Menschenrechte praktisch: Alle schwafeln heute über Menschenrechte! In der Schweiz sollen 70-Jährige nicht mehr in Gremien und Behörden gewählt werden dürfen. Die Gemeinde Madiswil BE hat mit Unterstützung der kantonalen Behörden gezeigt, für wen offenbar in der Schweiz Menschenrechte gelten.
5. Expo: Wir empfehlen, die antischweizerische Veranstaltung zu boykottieren.

# und •••• 3 dringende Hinweise

1. Jetzt anmelden: Besuch bei der Luftwaffe. Fehlende Einladungsunterlagen können angefordert werden: E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch) oder Telefon 031 332 57 84.
2. Agendaeintrag: 8. März 2003, Samstag, ordentliche Hauptversammlung PRO LIBERTATE in Bern
3. Nicht vergessen: Aktion Widerstandsbatzen geht weiter. Vermerk *Widerstandsbatzen* auf dem Einzahlungsschein und Plakataktion.

**PRO  LIBERTATE** – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

**PRO  LIBERTATE**

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach • 3000 Bern 11

## Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Bossard

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung  
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.  
Erscheint 6x jährlich. Leserschriften müssen  
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
Spenden: PC-30-26847-0

## Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern  
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen  
Christian Schmid, 3283 Niederried bei Kallnach  
Ami Bossard, 3800 Matten b. I.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 19.8.2002

**Schon  
vorbeigesurft?**

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)